Vorratsdatenspeicherung

Arzt-Patienten-Beziehung belastet?

Prinzipiell unterliegt die Arzt-Patienten-Beziehung dem Schutz der Privatsphäre. In Einzelfällen kann das Interesse an einer Strafverfolgung jedoch den Zugriff auf Verbindungsdaten elektronischer Arzt-Patienten-Kontakte rechtfertigen.

Mit dem Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen hat der Bundestag am 16. Oktober die Vorratsdatenspeicherung beschlossen. Auch die Daten der elektronischen Kommunikation mit einem Arzt speichern die Telekommunikationsanbieter. Dazu gehören Verbindungsdaten der beteiligten Telefone und IP-Adressen sowie Datum, Uhrzeit und Dauer der Verbindung, jedoch keine Inhalte.

Inwieweit Strafverfolgungsbehörden auf diese Daten zugreifen dürfen, ist in einem dreistufigen System geregelt. Die Daten der Kommunikation mit Geistlichen, Strafverteidigern und Abgeordneten genießen beispielsweise absoluten Schutz. Sie sind nicht verwertbar, sofern sie eine berufliche Kommunikation betreffen.

Die Kommunikationsdaten zwischen Patient und Arzt genießen dagegen nur einen relativen Schutz: sie sind dann verwertbar, wenn das öffentliche Interesse an Ermittlung und Strafverfolgung das Interesse an der Vertraulichkeit der Arzt-Patienten-Beziehung überwiegt. Gleiches gilt für die Beziehung zu Rechtsanwälten oder Journalisten. Die Kommunikationsdaten zwischen allen anderen Bürgern, bei denen nicht mindestens einer diesem privilegierten Personenkreis angehört, sind umfassend verwertbar, wenn der Verdacht einer schweren Straftat vorliegt.

Gesetzgeber differenziert

Das Bundesverfassungsgericht hat 2011 zur damals streitigen Telefonüberwachung betont, dass absolute Beweiserhe-

bungs- und verwertungsverbote auf wenige Ausnahmefälle zu begrenzen sind, da die Strafverfolgung hohe Bedeutung hat. Ein Rechtsstaat könne sich nur verwirklichen, wenn ausreichende Vorkehrungen getroffen werden, damit Straftäter im Rahmen geltenden Rechts verfolgt, verurteilt und bestraft werden können. Beschränkungen können sich aber aus den Grundrechten ergeben, beispielsweise aus Artikel 1 des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Diese Garantie der Menschenwürde ist keiner Abwägung zugänglich, sie genießt absoluten Schutz. Laut Verfassungsgericht gehört beispielsweise das seelsorgliche Gespräch zum Menschenwürdegehalt der Religionsausübung. Dem Gespräch mit einem Strafverteidiger wiederum kommt die – zur Wahrung der Menschenwürde – Funktion zu, dass der Beschuldigte nicht zum bloßen Objekt des Strafverfahrens wird. Für diese beiden Berufsgruppen war bei der Vorratsdatenspeicherung ein absolutes Verwertungsverbot unter dem Gesichtspunkt der Menschenwürdegarantie vorzusehen.

Bei der Arzt-Patienten-Beziehung ist allerdings entsprechend den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zu differenzieren: Inhalte dieser Vertrauensbeziehung können dem unantastbaren Kern- oder Intimbereich privater Lebensgestaltung zuzuordnen sein, aber auch den weniger schutzbedürftigen Bereich der Privatsphäre betreffen, in den aus überwiegenden Belangen des Gemeinwohls eingegriffen werden darf.

Einerseits wird die Arzt-Patienten-Beziehung als besonders schutzbedürftig anerkannt, andererseits können aber Umstände vorliegen, die noch nicht den

Kernbereich privater Lebensgestaltung betreffen und deswegen die Verwendung von Kommunikationsdaten zum Schutz höherrangiger Rechtsgüter oder einer effektiven Strafverfolgung nicht ausschließen.

Ein Beispiel: Hätte gegen den Kopiloten der im März dieses Jahres abgestürzten Germanwings-Maschine vorher ein Verdacht bestanden, etwa weil sich Personen aus seinem Umfeld an die Polizei gewandt hätten, so hätte die Polizei auf gespeicherte Verbindungsdaten zurückgreifen können. Hätte sie hierbei die umfangreiche Kontaktaufnahme mit therapeutischen Einrichtungen – nicht Gesprächsinhalte! – festgestellt, so hätte ein akuter, die Gefährdung Dritter nicht ausschließender Krankheitszustand vermutet werden können. Eventuell wäre man zu dem Ergebnis gekommen, dass das Risiko gegenüber Dritten höher wiegt als der Eingriff in die Privatsphäre durch Kenntnisnahme der Anrufe bei zahlreichen Ärzten.

Dagegen ließe sich einwenden, dass es unzulässig sei, einen solchen Einzelfall im Zusammenhang mit der generellen Vorratsdatenspeicherung zu bemähen. Gerade die gesetzlich vorgegebene Verhältnismäßigkeitsprüfung soll aber die Differenzierung zwischen der grundsätzlich geschützten Arzt-Patienten-Beziehung und dem nur im Einzelfall zulässigen Eingriff in dieselbe ermöglichen.

Die Tatsache, dass Gesetze falsch angewandt werden können, rechtfertigt nicht, keine Gesetze zu erlassen oder Freiräume zu schaffen, die eine Umsetzung des Rechtsstaatsprinzips verhindern.

Die Vertrauensbeziehung zu Ärzten kann durch das neue Gesetz im Einzelfall belastet werden. Wenn dies der Aufklärung oder Verhinderung schwerer Straftaten dient, kann man das aber für vertretbar erachten.

Dr. Ingo Pflugmacher